

### 3. Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat

#### 3.1 Transport von radioaktiven Materialien

Herr Kläne stellte für die Gruppe Grüne/Frauenliste folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven spricht sich gegen den Transport von radioaktiven Materialien inklusive deren Umschlag in allen Hafengebieten Wilhelmshavens aus. Er beauftragt die Verwaltung, alle rechtlichen Schritte zu unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Rat der Stadt fordert die niedersächsische Landesregierung auf, keine Genehmigungen für den Transport von radioaktiven Materialien nach Wilhelmshaven und den Umschlag im Hafen zu erteilen.

In seiner Begründung führte Herr Kläne aus, daß es nicht angehe, daß die Landesregierung die nach wie vor nicht vorhandene Entsorgung der Atomindustrie durch einen Atommüllexport per Genehmigung legalisiere. Hinzu komme, daß Atomtransporte ein ständiges Risiko bedeuten würden.

Herr Adam erklärte, daß die SPD-Fraktion diesen Antrag unterstützen werde. Der Transport von Brennelementen sei nicht die Art der Wirtschaftsförderung, die man sich für den Wilhelmshavener Hafen wünsche. Es sei bekannt, daß die Sicherheitseinrichtungen weder zu Lande noch auf dem Wasser für den Schutz derartiger Transporte ausreichen. Es sollten alle kommunalpolitischen Möglichkeiten genutzt werden, diese Landesentscheidung zu verhindern.

Herr Dr. Biester wies darauf hin, daß eine Antwort auf den Verbleib des radioaktiven Abfalls aus der Gewinnung von Atomenergie gegeben werden müsse. Man sollte keine vorschnelle und ungeprüfte Ablehnung aussprechen, sondern sich dieses Themenkomplexes mit der Fragestellung annehmen, ob dies für Wilhelmshaven Vorteile bringen könne.

Herr Hofmann stellte besonders heraus, daß die Stadt Wilhelmshaven nicht an den Überlegungen beteiligt wurde.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die Herren Hartmann, Eppelmann und Zimmermann.

**Beschluß:** (bei Gegenstimmen der CDU-FDP-Gruppe)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven spricht sich gegen den Transport von radioaktiven Materialien inklusive deren Umschlag in allen Hafengebieten Wilhelmshavens aus. Er beauftragt die Verwaltung, alle rechtlichen Schritte zu unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Rat der Stadt fordert die niedersächsische Landesregierung auf, keine Genehmigungen für den Transport von radioaktiven Materialien nach Wilhelmshaven und den Umschlag im Hafen zu erteilen.